

FR-Online 8.5.2008:

Bouffier unter Druck

SPD, FDP, Grüne und Linke greifen Minister wegen Abschiebung an
VON PITT VON BEBENBURG



[Familie Kazan hat viele Unterstützer](#) (privat)

Die kurdische Familie Kazan, die vor über einem Jahr aus dem Main-Kinzig-Kreis in die Türkei abgeschoben worden war, erhält bei ihrem Bemühen um Wiedereinreise breiten Rückhalt aus dem Landtag. SPD, FDP, Grüne und Linke wandten sich am Mittwoch in Wiesbaden gegen das Vorgehen von Innenminister Volker Bouffier (CDU), der eine Rückkehr weiter gerichtlich verhindern will.

Die sechs Kinder, die in Gründau aufgewachsen sind, waren gemeinsam mit ihrer Mutter im Februar 2007 in die Türkei gebracht worden. Unterstützer bemühen sich, dass sie nach Deutschland zurückkehren dürfen - und wollen dafür auch finanzielle Bürgschaften übernehmen. Landrat Erich Pipa (SPD) befürwortet deshalb inzwischen die Wiedereinreise.

"Vollkommen unverständlich"

Hoffnung hatten die Kurden geschöpft, als das Verwaltungsgericht Frankfurt im März urteilte, die Kazans hätten Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis des Kreises. Dagegen hat allerdings das Regierungspräsidium Darmstadt Berufung eingelegt - auf Anordnung von Innenminister Bouffier. "Wir sind der Meinung, dass das eine grundsätzliche Frage ist", sagte Bouffiers Sprecher Michael Bußer zur Begründung. Das Frankfurter Urteil widerspreche der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes.

Der Helferkreis appellierte nun an die Abgeordneten des Landtags, sich für die Kazans einzusetzen - und findet starke Unterstützung in Wiesbaden. "Der Minister hätte gar nicht erst abschieben dürfen", sagte die SPD-Abgeordnete Sabine Waschke. Das Frankfurter Urteil wäre für Bouffier eine Chance gewesen zu sagen: "Jetzt hole ich die zurück."

Die Grünen-Innenpolitikerin Mürvet Öztürk nannte Bouffiers Verhalten "vollkommen unverständlich". Barbara Cardenas (Linke) sieht das ähnlich. Aus humanitären Gründen sei "eindeutig", dass die Kazans zurückgeholt werden müssten. Auch die FDP pfeift Bouffier zurück. "Vielleicht ist der neue Landtag geeignet, den Innenminister ein Stück mitzunehmen", setzt der FDP-Abgeordnete Florian Rentsch auf die Überzeugungskraft des Parlaments.

Mehrere Abgeordnete plädieren dafür, die Härtefallkommission des Landtags mit der Sache zu befassen. Sie kann vorschlagen, Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Letztlich entscheidet aber dann der Innenminister.

[document info]

Copyright © 2008

Dokument erstellt am 07.05.2008 um 19:04:01 Uhr

Letzte Änderung am 07.05.2008 um 19:48:15 Uhr

Erscheinungsdatum 08.05.2008